

Die Facharztquote ist in die Schlagzeilen geraten

NACHGEFRAGT bei Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Die Facharztquote an den Thüringer Krankenhäusern war kürzlich in die Schlagzeilen geraten. Die Thüringer Allgemeine titelte: „Krankenkassen: Kliniken tricksen bei der Facharztquote. Krankenhausgesellschaft nennt Vorwürfe ‚aus der Luft gegriffen‘. Rechtsverordnung des Landes macht unklare Vorgaben“.

Ich habe mich dazu in einer Pressemitteilung erklärt und betont, dass wir als Fraktion DIE LINKE – übrigens ebenso wie die Landesregierung – grundsätzlich davon ausgehen, dass die Thüringer Verordnung über Qualitäts- und Strukturanforderungen in Krankenhäusern umgesetzt wird.

ärztinnen bzw. Fachärzten besetzt sein. Dies ist notwendig, um den täglichen Dienst sowie den fachärztlichen Bereitschaftsdienst sicherzustellen.



Wie wird die Einhaltung der Regelungen kontrolliert?

Die Koalitionsfraktionen haben vereinbart, dass die Landesregierung bis Ende 2017 über den Stand der Fachärztesituation in den Abteilungen der Krankenhäuser informiert.

Gegenwärtig werden vom zuständigen Ministerium alle Neuanträge im Rahmen der Krankenhausplanung zur Bildung von Fachabteilungen geprüft, so dass bis Ende des Jahres eine Bestandsaufnahme über die Facharzt-

quote vorliegt. Ich bin dennoch erstaunt, welche Kreativität manche Krankenhäuser bei der Umsetzung der Verordnung bezüglich der festgelegten Facharztquote entwickeln. Wenn es sein muss, werden wir die Verordnung noch konkreter fassen. Ich bleibe dabei, dass die Facharztquote in Thüringer Krankenhäusern eingehalten und eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patientinnen und Patienten gewährleistet wird.

In einer Pressemitteilung hatte die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE), die Kritik an der Facharztquote zurückgewiesen und den Beteiligten zu Kooperation bei der Umsetzung geraten.

Die Ministerin erklärte: „Bei der Einführung der Facharztquote wurde die besondere Situation des jeweiligen Krankenhauses berücksichtigt. Die Umsetzung der Vorgaben geht natürlich nicht von heute auf morgen. Deshalb hat die Verordnung eine einjährige Übergangsfrist und sieht Ausnahmeregelungen vor, die ausschließlich übergangsweise gelten. Auf den Ablauf der Frist werden demnächst alle Krankenhäuser hingewiesen. Dies bietet den Krankenhäusern zugleich die Möglichkeit, meinem Ministerium bestehende Unklarheiten mitzuteilen. Ich rate allen Beteiligten, bei der Umsetzung noch mehr miteinander zu kooperieren.“

Spende für Sanierungsarbeiten an Trinitatiskirche Madelungen

Mit einer Spende in Höhe von 500 Euro unterstützt der Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“ die Sanierungsarbeiten an der evangelisch-lutherischen Kirche St. Trinitatis des Eisenacher Ortsteils Madelungen. Katja Wolf, Eisenacher Oberbürgermeisterin und Mitglied des Vereins, überreichte den symbolischen Scheck am 7. August vor Ort an Pfarrer Christian Müller (s. Foto).

Gemeinsam mit Christian Müller schaute sich Katja Wolf die 1767 im Barockstil errichtete Kirche von außen und innen an. „Innen ist sie 1999 komplett neu ausgemalt worden, außen ist die Kirche ebenfalls fast fertig saniert“, sagte Pfarrer Müller. Weil die Arbeiten kostenaufwendig sind, freut sich die Kirchengemeinde über die finanzielle Unterstützung des Vereins.

Oberbürgermeisterin Katja Wolf überreichte die Spende sehr gerne: „Unser Verein hat seit seiner Gründung vielfach wichtige Projekte und Initiativen



in Thüringen unterstützt. Es freut mich, dass wir jetzt einen Eisenacher Ortsteil mit seiner Kirchengemeinde helfen können.“

1995 gründeten die Abgeordneten der PDS

(heute DIE LINKE) den Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“, der die automatischen Erhöhungen der Abgeordneten-Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weitergibt. Mit der in Eisenach überreichten Spende sind es seit Vereinsgründung insgesamt 3.257 einzelne Zuwendungen, die zusammengerechnet einen Geldbetrag von etwas mehr als 1,2 Millionen Euro ergeben.

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Der Rassist

Nicht, dass wir geglaubt hätten, ein Björn Höcke könnte mit Argumenten demokratisiert werden. Aber es war schon eine bizarre Situation, den AfD-Hetzer und Brandstifter als Mitglied der Enquete-kommission Rassismus bei der Anhörung der Sachverständigen im Landtag sitzen zu sehen.

Die Einsetzung der Kommission mit dem Titel „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ war am 27. Januar mit einem gemeinsamen Beschluss von CDU, LINKE, SPD und Grünen erfolgt. Ziel ist es, sowohl wirksame Maßnahmen für Behörden und öffentliche Einrichtungen zu entwickeln, als auch herauszufinden, wie Politik Zivilgesellschaft unterstützen kann und muss, um Rassismus und Diskriminierung an der Wurzel zu packen. Also da, wo die Höckes ihre Saat legen.

Erinnert sei an dessen Vortrag auf einer Tagung des neurechten Instituts für Staatspolitik im November 2015, bei der Höcke eine Kehrtwende in der Asylpolitik forderte, die Menschen in Europäer und Afrikaner unterteile und erklärte, beide Rassen hätten evolutionsbedingt unterschiedliche Reproduktionsstrategien. Die der Afrikaner würde zu einem Andrang auf die europäischen Grenzen führen. Der „lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp“ treffe in Europa auf den „selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp“.

Ein Rassist in einer Untersuchungskommission zu den Ursachen von Rassismus? Ja, schwer zu ertragen, aber die parlamentarische Geschäftsordnung gebietet es. Höcke jedoch ertrug offenbar die profunden Ausführungen der Sachverständigen nicht. Er verließ die Anhörung alsbald und ward dort an diesem 15. August nicht wieder gesehen. Auch kein anderer AfD-Abgeordneter.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.